

## **7 Tagesordnung**

***Beginn Tagesordnung: 14.25 Uhr.***

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr:**

Danke vielmals. Es ist jetzt 14.24 Uhr, das ist auch mit dem Überzug sozusagen jetzt ausgeschöpft, leider, die Fragestunde. Es sind noch 14 Fragen offen, die Sie aber unter der Bemühung fristgerecht im Rahmen der Zeit beantwortet bekommen. Danke. Ich bitte Sie, die Tagesordnung zur Hand zu nehmen. Ich möchte mich auch wieder gleichzeitig bedanken bei allen Klubobleuten und Fraktionsvorsitzenden, dass sie gemeinsam mit unserm Präsidialamt, danke an Herrn Dr. Schmalenberg, wieder durchgeschaut haben, welche Gemeinderatsstücke wir en bloc abstimmen können. Nicht mehr berichtet und en bloc abgestimmt werden können der Tagesordnungspunkt 2, der ist einstimmig angenommen, Tagesordnungspunkt 4 ist ebenfalls einstimmig angenommen, Tagesordnungspunkt 5 fast einstimmig, nur gegen die Stimme von Herrn Gemeinderat Wagner von der FPÖ. Dann haben wir den Tagesordnungspunkt 10, der ist auch einstimmig angenommen und dann sind wir durch. Das ist ja heute eine eher sehr kurze Tagesordnung und ich darf aber gleich bitten, den Tagesordnungspunkt 1, Klubobmann Karl Dreisiebner, um Berichterstattung, hier geht es um die Änderung des Statuts der Landeshauptstadt Graz, Petition an den Landtag.

**en bloc:**

- 7.1 Stk. 2) A8 040945/2008/0088**      **Creative Industries Styria GmbH (kurz: CIS),  
Stimmrechtsermächtigung für den  
Vertreter der Stadt Graz gem. § 87 (4) des  
Statuts der Stadt Graz 1967; Abberufung  
und Bestellung eines  
(Ersatz-)Aufsichtsratsmitglieds  
(laufende Funktionsperiode);  
Umlaufbeschluss**

Der Vertreter der Stadt Graz in der Generalversammlung der Creative Industries Styria GmbH, Stadtrat Dr. Günter Riegler, wird ermächtigt, den folgenden Anträgen zuzustimmen:

1. Der Art der Beschlussfassung auf schriftlichem Wege gemäß § 34 Abs. 2 GmbHG wird zugestimmt.
2. Zustimmung zur Beschlussfassung über die Abberufung des Aufsichtsratsmitglieds Anne-Marie Schullin-Legenstein mit sofortiger Wirkung.
3. Zustimmung zur Beschlussfassung über die Wahl von MMag.<sup>a</sup> Julia Pengg als Ersatzmitglied in den Aufsichtsrat (in die laufende Funktionsperiode).

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

**7.2 Stk. 4) A 8/4-101338/2018**

**Bad Hofgastein – Schulstraße 12,  
Verkauf von zwei Ferienwohnungen der  
Stadt Graz in Bad Hofgastein im Ausmaß  
von 32,04m<sup>2</sup> (W4) im EG und 37,43m<sup>2</sup>  
(W28) im DG**

- Die Stadt Graz verkauft ihre 301/13822 Anteile der EZ 504, KG Bad Hofgastein, Gdst.Nr. 124/1, untrennbar verbunden mit dem Wohnungseigentum an der Wohnung W 4 im Hochparterre im Gesamtausmaß von 28,76 m<sup>2</sup> Wohnung und 3,28 m<sup>2</sup> Loggia sowie ihre 325/13822 Anteile der EZ 504, KG Bad Hofgastein, Gdst.Nr. 124/1, untrennbar verbunden mit dem Wohnungseigentum an der Wohnung W 28 im Dachgeschoß im Gesamtausmaß von 29,17 m<sup>2</sup> Wohnung und 8,26 m<sup>2</sup> Loggia zu den Bedingungen der Kaufvereinbarung um den Kaufpreis von insgesamt EUR 151.100.
- Der Kaufpreis in Höhe von insgesamt EUR 151.100 abzüglich der Immobilienertragsteuer in Höhe von voraussichtlich EUR 5.288,50, also ein Nettokaufpreis von insgesamt EUR 145.811,50, ergeht zu 80 %, das ist ein Betrag von EUR 116.649,20, auf eine FIPOS der KFA, da die ursprüngliche Finanzierung über diese erfolgt ist, und zu 20 %, das ist ein Betrag von EUR 29.162,30, auf eine FIPOS der Abteilung für Immobilien.

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

**7.3 Stk. 5) A10-003209/2019-0020  
A23-000786/2021/0057**

**EU-ELENA-Förderprojekt  
„Klimaneutrale Verwaltung Steiermark  
Styria“,  
- Unterfertigung Konsortialvertrag,  
- Unterfertigung Sub-Konsortialvertrag**

1. Der Motivenbericht wird zur Kenntnis genommen.
2. Die A23 Umweltamt tritt als Konsortialpartner am ELENA-Förderprojekt stellvertretend für die weiteren im Haus Graz beteiligten Organisationseinheiten GBG und Holding Graz am EU-ELENA-Projekt „Klimaneutrale Verwaltung Steiermark Styria“ im Bereich erneuerbare Energie auf.
3. Die Bürgermeisterin wird ermächtigt, für die Stadt Graz den ELENA-Konsortialvertrag abgeschlossen zwischen den Vertragsparteien Energie Agentur Steiermark gGmbH, Land Steiermark A15 und Landesimmobilien-Gesellschaft mbH, sowie etwaigen weiteren für die Projektdurchführung erforderlichen Dokumente zu fertigen (im Anhang). Dies ist spätestens Ende Jänner 2023 notwendig, da Projektbeginn mit Februar 2023 festgesetzt ist.
4. Eine formelle mehrjährige Projektgenehmigung erfolgt nach Budgetbeschluss im März 2023.
5. Zwischen dem Umweltamt und den Haus-Graz-internen Sub-Partnern GBG und Holding wird ein Sub- Konsortialvertrag erstellt, der die Übertragung der Rechte und Pflichten aus dem Konsortialvertrag über die Teilnahme an und Zusammenarbeit in einem gemeinsamen Energieeffizienzinvestitionsprogramm von der Stadt Graz auf die Partner:innen im Haus Graz, jeweils im Ausmaß und Anteil in der Höhe der getätigten Investitionszusagen regelt (im Anhang).

6. Eine Finanzierungszusage der Holding Graz und der GBG für die oben angeführten ELENA-PV-Infrastrukturkosten in Höhe von insgesamt EUR 4,1 Mio. kann frühestens im Rahmen der erforderlichen Investitionsplanung im März 2023 erfolgen.
7. Die spezifische Förderung des Umweltamtes für PV-Gemeinschaftsanlagen und die damit kalkulierten ausgelösten Investitionen von EUR 1,5 Mio. können erst nach den jeweiligen Genehmigungen für den betrachteten Zeitraum angeboten werden.
8. Die drei Projektpartner im Haus Graz leisten, unabhängig der Finanzierungszusage für die PV- Infrastrukturkosten und den Genehmigungen für das Förderangebot, jedenfalls einen aliquoten Eigenmittelanteil zu den im ELENA-Projekt anfallenden Overhead- und Allgemeinkosten (Projektorganisation und Dienstleistungen im Rahmen der konkreten Umsetzungsplanungen) i.d.H.v. max. EUR 53.000 netto (plus EUR 5.000,- USt.). Diese Kosten sind aliquot zu den im Förderantrag eingemeldeten Investitionskosten über den LCF der A23 (anteilig EUR 15.535,71) und die Budgets der GBG (anteilig EUR 31.071,43) und der Holding Graz (anteilig EUR 11.392,86) abzudecken.
9. Die ELENA-Förderbeträge werden gemäß Fördervertrag mit der EIB teilweise im Voraus in Raten ausbezahlt. Sollten die vorab kalkulierten Investitionen des Hauses Graz nicht im geplanten Umfang erfolgen, sind allfällige ELENA-Förderüberzahlungen von den Haus-Graz-internen Begünstigten aliquot an den Fördergeber zurückzuzahlen.

***Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.***

**7.4 Stk. 10) A8/4-203895/2002**

**Städt. Gdst. Nr. 898/11, KG Graz Stadt –  
Messendorf, Zufahrt Heimgartenverein  
Messendorf, Einräumung einer  
grundbücherlichen Dienstbarkeit zur  
Verlegung und zum Betrieb von  
unterirdischen Kabelleitungen sowie eines  
Geh- und Fahrrechts auf immerwährende  
Zeit, Antrag auf Zustimmung**

Der Energienetze Steiermark GmbH wird die grundbücherliche Dienstbarkeit zur Verlegung, zum Bestand und zum Betrieb einer unterirdischen 20-kV-Kabelleitung und von Lichtwellenleitern sowie die Einräumung einer grundbücherlichen Dienstbarkeit des Gehens und Fahrens auf dem städt. Gdst. Nr. 898/11, EZ 724, KG Graz Stadt – Messendorf, im Bereich des Heimgartenvereins Messendorf, welche im beiliegenden Plan vom 7.10.2022 in rot und grün (Kabelleitungen) und braun (Zufahrt) eingezeichnet sind, auf immerwährende Zeit im Sinne der angeschlossenen Vertragsentwürfe eingeräumt.

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

**Berichterstatter: KO GR Dreisiebner**

- |  |  |
|--|--|
| <b>7.5 Stk. 1) Präs.-011169/2003/0049</b><br><br><b>erhöhte Mehrheit</b> | <b>Änderung des Statuts der<br/>Landeshauptstadt Graz;<br/>Petition an den Landtag Steiermark gem.<br/>§ 45 Abs. 2 Z 17 IVm § 45 Abs. 3 Statut</b> |
|--|--|

KO GR **Dreisiebner**:

Vielen Dank, Frau Bürgermeisterin, für das Wort. Liebe Kolleginnen und Kollegen auf Stadtregierungsbank, auf den Gemeinderatsbänken. Ihr und Sie erinnern sich alle noch, im November haben wir einen dringlichen Antrag, eingebracht von meinem Fraktionskollegen Dr. Gerhard Hackenberger, diskutiert und dann mehrheitlich beschlossen, der sich unter anderen um eine Petition, um die Entwicklung einer Petition zur Änderung des Statutes, Petition an das Land Steiermark zur Änderung des Statutes bezüglich der Klub-Neu- und -umgründung befasst hat. Diese Arbeit wurde dankenswerterweise von der zuständigen Präsidialabteilung umgehend erledigt und wir konnten im Ausschuss für Verfassung dieses Stück ausgiebig diskutieren, auch noch in einer kleinen Passage etwas weiterformulieren. Ich danke auch hier der Präsidialabteilung und dem Herrn Mag. Schmalenberg für die konstruktive und unterstützende Zusammenarbeit. Es geht um die Klub-Neugründung und -umgründung. Derzeit kann im Grazer Gemeinderat jederzeit sich ein Klub neu bilden mit allen Folgen für die Gemeinderatsabläufe, für Ausschussabläufe beziehungsweise auch bei anderen Bereichen, was die Rechte auf Personal oder eine Fraktions- und Klubförderung betrifft. Dieses wollen wir, und das war das Ziel dieses Antrages von Dr. Hackenberg, der heute, wie gesagt, leider nicht da sein kann, ähnlich wie im Nationalrat auf eine Frist zu Beginn der Gemeinderatsperiode beschränken. Diese Frist wird für vier Wochen vorgeschlagen. In dieser Frist muss sich ein Gemeinderatsklub konstituieren. Sollten sich da mehrere wahlwerbende Parteien zusammenschließen oder aus einer wahlwerbenden Partei mehrere Klubs hervorgehen, so ist dieses möglich. Sind diese Klubs in etwa personell gleich stark, also nicht in etwa, sondern tatsächlich gleich stark, so ist die Übernahme des Namens der

wahlwerbenden Partei jenem Klub vorzubehalten, der die am vordersten gereichte Listenkandidatur mit dabei hat in diesem Klub. Unterjährlich, das heißt während der Periode, ist diese Klubbildung mit all diesen Rechten auf Personal etc. und im Gemeinderatsablauf dann in der Folge nicht mehr möglich, so das Land Steiermark unserer Petition folgt. Und diese Petition, die ich jetzt kurz umrissen habe, haben wir im Verfassungsausschuss am Dienstag ausführlich diskutiert und mehrheitlich beschlossen. Und ich stelle hier, entlang des von mir verkürzt dargestellten Petitionstextes an das Land Steiermark, den Antrag, dass die vorliegenden Textentwürfe als Petition an das Land gerichtet werden und ersuche dazu um Ihre und eure Zustimmung. Vielen Dank (*Appl.*).

***Originaltext des Antrages:***

*Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:*

*Der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 2 Z 17 iVm § 45 Abs. 3 Z 4 Statut mit der erforderlichen qualifizierten Mehrheit beschließen:*

*Der in der Beilage angeschlossene und einen integrierenden Bestandteil dieses Berichts bildende Entwurf eines Landesgesetzes, mit dem das Statut der Landeshauptstadt Graz 1967 geändert werden soll, wird dem Amt der Steiermärkischen Landesregierung mit dem Ersuchen vorgelegt, für die Herbeiführung des entsprechenden Gesetzesbeschlusses durch den Landtag Steiermark und eine ehestmögliche Gesetzeswerdung Sorge zu tragen.*

GR Mag. **Winter:**

Hoher Gemeinderat, wertere Stadtregierung. Für uns werfen sich zwei Fragen auf beziehungsweise gibt es zwei Kritikpunkte bei der vorgeschlagenen Fassung. Der erste wäre im vierten Satz beziehungsweise die 11. Zeile von diesem Vorschlag. Da ist die

Rede von der „Gesetzgebungsperiode“ und müsste meiner Meinung nach „Gemeinderatsperiode“ heißen. So, das wäre der erste legislative Fehler, den wir so nicht abstimmen können, weil wir alle wissen, wir sind keine gesetzgebende Kraft, wir sind eine Kraft der Verwaltung, der Exekutive und infolgedessen müsste es eben „Gemeinderatsperiode“ heißen. Das wäre das Erste, und das Zweite, der zweite Kritikpunkt, ist meiner Meinung nach insofern gegeben, dass wir auch hier eine Einschränkung des freien Mandats haben, die ich so nicht begrüßen kann. Und zwar, ich möchte immer wieder darauf hinweisen, dass es metapolitische Themen gibt, beispielsweise bezüglich der Impfpflicht. Und da hat es Risse in allen Parteien gegeben, da hat es unterschiedliche Meinungen in allen Parteien gegeben. Da hat es beispielsweise den Kollegen Kozina gegeben, der gegen die Impfpflicht war und die restliche Partei, die jetzt für eine Impfpflicht war. Beide Seiten legitim. Und jetzt stellen wir uns vor, der Herr Kollege Kozina wäre da bei seinem Standpunkt geblieben und hätte die Grünen verlassen, hätte noch zwei Abgeordnete gefunden, die ebenfalls seiner Meinung wären, und dann wäre es unter der Legislaturperiode im Rahmen dieser Legislaturperiode nicht mehr möglich gewesen ...

*Zwischenruf StR **Eber**: Gemeinderatsperiode.*

GR Mag. **Winter**:

... Entschuldigung, Gemeinderatsperiode, da haben Sie Recht, wäre es nicht möglich gewesen, einen Klub zu gründen. Und meiner Meinung nach wäre hier eine Einschränkung vom Mandat gegeben, die so zu eng ist, die so zu einschränkend ist, weil auch hier das freie Mandat gewahrt werden muss und auch die Gründung von einem neuen Klub weiterhin bestehen bleiben muss. Und deswegen werden wir diesem Vorschlag nicht zustimmen (*Appl.*).

KO GR **Dreiebner**:

Vielen Dank für die Wortmeldung, Kollege Winter. Mich wundert, dass im Ausschuss das alles kein Thema war von der Seite deiner Person. Aber gut, das ist halt so. Das andere ist, ich glaube, die Freiheit des Mandates ist nicht beschnitten. Man muss, auch wenn man in einem Klub sich nicht mehr daheim fühlt oder die Auffassungsunterschiede in welchen Themen auch immer so unterschiedlich sind, dass man diesen Klub verlassen möchte, dann kann man trotzdem als Gemeinderätin, als Gemeinderat weiterarbeiten. Das heißt, diese Einschränkung sehe ich nicht. Ich sehe aber eine Ordnung im Sinne dessen, dass sich den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Graz im Besonderen allfällige Folgekosten, etwa was zusätzliches Personal in den politischen Büros, sich dann auftun würden oder eben auch die Klub- und Fraktionsförderung, dass diese Dinge anders geregelt werden können. Und ich denke, ein ganz ein wichtiges Momentum ist auch, dass ein ausscheidendes Mitglied unter Umständen ja nicht mehr dem Willen der Wählerin und des Wählers jener Wahlpartei, die da ein, zwei oder drei Jahre davor angetreten ist, entspricht. Das heißt, das würde sich dann vom Willen der Wählerinnen und Wähler etwas abkoppeln können. Und der Kollege Dr. Christian Kozina heißt Kozina und nicht Koşina. Dankeschön.

*Zwischenruf GR Mag. **Winter**: Kozina-Voit.*

KO GR **Dreiebner**:

Das ist richtig, Kozina-Voit, aber an das habe ich mich noch nicht gewöhnt (*Appl.*).

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr**:

Bevor wir zur Abstimmung kommen, hätte ich nur noch eine Bitte. Ist die Anmerkung von Herrn Gemeinderat Winter mit dieser Gemeinderatsperiode im Stück zu ändern oder nicht? Ist diese Anmerkung von Herrn Gemeinderat Winter, diese Korrektur zu

ändern oder nicht? Darf ich Sie bitten vielleicht, dass Sie, Herr Dr. Schmalenberg, uns eine Antwort geben, weil dann müsste man das natürlich im Stück dieses Wort ändern und natürlich dann auch aufnehmen und mitbeschließen.

Mag. Helmut **Schmalenberg: (Referatsleiter Verfassung und Vergaberecht)**

Einmal ist der Herr Magistratsdirektor nicht da (*Gelächter im Saal*) und Sie haben öfter Bedarf. Dieser Fehler, Gesetzgebungsperiode statt Gemeinderatsperiode, der war ursprünglich drinnen, den haben wir ausgebessert. Ich kann mir das nur so erklären, dass dann wieder etwas nicht ganz Aktuelles verschickt wurde. Wenn das aber so ist, haben alle das jetzt so bekommen, diese Beilagen mit Gesetzgebungsperiode?

*Zwischenruf KO GR Dreisiebner: Nein.*

*Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.*

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr:**

Dieses Wort gehört ausgebessert, das ist nämlich so, diese Korrektur gehört vorgenommen und das muss man auch dann beschließen. Weil Sie ja dann eine Grundlage vor sich haben, wo das Wort nicht korrekt drinnen ist. Da müssen wir genau sein, weil es geht da um Verordnungen und Gesetze.

Mag. Helmut **Schmalenberg: (Referatsleiter Verfassung und Vergaberecht)**

Ich finde es in der Fassung, die mir der Herr Klubobmann Dreisiebner gegeben hat, in dem Original jetzt nicht. Dann müssen Sie etwas anderes bekommen haben oder ausgedruckt haben, als jetzt da vom Ausschuss beschlossen wurde.

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr**:

Vielleicht der Einfachheit halber, es gehört ja „Gesetzgebungsperiode“.

Mag. Helmut **Schmalenberg**: **(Referatsleiter Verfassung und Vergaberecht)**

Nein, „Gemeinderatsperiode“.

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr**:

Statt „Gesetzgebungsperiode“ gehört „Gemeinderatsperiode“. Wenn Sie mit der Änderung in Ihrem Originalstück einverstanden sind, dann würde ich vorschlagen, dass wir das jetzt abstimmen. Sind Sie dafür? Dann ist das sozusagen so, dass dieses Wort im Stück selbst ja dadurch ausgebessert wurde, so wie es richtig ist, egal ob Sie jetzt eine richtige oder korrigierte Fassung haben. Wir könnten dann sozusagen über dieses verbesserte und richtige Originalstück abstimmen. Wer ist für dieses Gemeinderatsstück? Somit ist dieses Stück angenommen gegen die Stimmen der NEOS und des (Korruptions-)Freien Gemeinderatsklubs. Ich darf an dieser Stelle auch Herrn Gemeinderat Pointner bei uns begrüßen, der später gekommen ist. Danke.

***Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KFG und Neos) angenommen (40:5).***

**Berichterstatter: GR DI Ram**

- 7.6 Stk. 3) A8/2-037979/2006/33, 34**
- 1. Änderung der Grazer Parkgebührenverordnung 2006, Parkgebühren-Verordnungs-Novelle 2023,**
  - 2. Änderung der Grazer Kontrolleinrichtungenverordnung 2006, Kontrolleinrichtungen-Verordnungs-Novelle 2023**

**GR DI Ram:**

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer im Livestream und auf der Tribüne. Ich darf das ganz schnell machen. Es geht um die Parkgebührenverordnungs-Novelle 2023. Das Grazer Parkraumservice hat im zweiten Halbjahr 2022 über Auftrag des Gemeinderates eine Gesamtevaluierung aller Kurzparkzonen vorgenommen. Dabei herausgekommen sind die Ergebnisse, und die oben in einem Bericht zusammengefasst, und zwar das Parkkonzept – Änderungsmaßnahmen 2022. Es sollen daher im Evaluierungsbericht unter Punkt 3 enthalten räumlichen Anpassungen erfolgen. Betroffen sind die Parkzone A – Kreuzgasse, B – Hilmteich, C – Ruckerlberg-Eisteich und H – Floßlend. Der finanzielle Aufwand für die Umsetzung der Evaluierungsmaßnahme beträgt rund 25.000 Euro. Da geht es um fünf Fundamente von Parkscheinautomaten, Bodenmarkierungen, Montage und Programmierung der Parkscheinautomaten. Und das soll im Laufe des März durchgeführt werden, weshalb die Novelle erst mit 1. März in Kraft treten soll. Zum Punkt 2, zur Kontrolleinrichtungen-Verordnungsnovelle 2023. Hier war es notwendig, dass man die Rechtssicherheit herstellt, und zwar geht es da um diese Parkkarten, die vielfach als Parkpickerl bezeichnet werden. Hier hat es kein Verbot gegeben, sondern lediglich einen Hinweis, dass man auch Kopien und Abschriften verwenden kann. Das wird eben mit dieser Verordnungsnovelle korrigiert. Und damit darf ich eben den Gemeinderat um Zustimmung bitten zu diesem Antrag, eben um diese Verordnung zu beschließen. Dankeschön (*Appl.*).

**Originaltext des Antrages:**

*Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:*

*Der Gemeinderat wolle gemäß § 17 Abs 3 Z 5 des Finanzausgleichsgesetzes 2017, BGBl. 1 Nr. 116/2016 in der Fassung BGBl. 1133/2022, sowie gestützt auf das Steiermärkische Parkgebührengesetz 2006, LGBl. Nr. 37 in der Fassung LGBl. Nr. 80/2017, und das Statut der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl. Nr. 130 in der Fassung LGBl. Nr. 118/2021, die einen integrierenden Bestandteil dieses Berichts bildenden Verordnungen beschließen.*

***Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KFG) angenommen.***

**Berichterstatter: StR Hohensinner, MBA**

**7.7 Stk. 6) A10/5-72415/2022  
A13-037880/2010**

**Errichtung Bezirkssportpark Reininghaus,  
a) Planung und Umsetzung des  
Bezirkssportparks inkl. aller dafür  
erforderlichen Planungen und Arbeiten  
in der Gesamthöhe der städtischen  
Mitteln von brutto 2.388.700 Euro,  
b) Die A10/5 wird mit der  
Gesamtkoordination unter Beteiligung  
der Baudirektion und des Sportamtes  
beauftragt – die A10/5 hat die  
Anordnungsbefugnis für die  
Gesamtkosten der PG**

**7.8 Stk. 11) A8-205500/2022-2**

**Errichtung Bezirkssportpark Reininghaus,**

**1.) Projektgenehmigung in der Höhe von 2.388.700 Euro für die Jahre 2023/2024,**

**2.) Finanzierung der neuen PG,**

**3.) Budgetvorsorge in Höhe von 796.200 Euro im ICF 2023**

**StR Hohensinner:**

So ein wirklich wunderbares Stück darf ich berichten. Mein großes Ziel ist es ja, dass wir von der Sporthauptstadt zur sportlichsten Stadt Österreichs werden, und da brauchen wir einen sehr sportlichen Breitenbereich und den können wir vor allem durch die Ausbauarbeiten der Bezirkssportplätze erreichen. Wir haben insgesamt in Graz 38 öffentliche Sportflächen und Bezirkssportplätze. Vor zehn Jahren haben wir erst 24 gehabt. Also da haben wir wirklich große Schritte gemacht. Die Stadt wächst und die Sportstadt Gott sei Dank auch mit. In Reininghaus haben wir jetzt, weil dort entsteht ein großes Viertel, haben wir ein tolles Projekt. Ich möchte mich an dieser Stelle bei Robert Wiener bedanken. Dank des Grünraum ist es möglich, dass wir zeitgerecht durch Umschichtungen diese Sportflächen und den angrenzenden Park auch umsetzen können. Insgesamt entstehen hier Sportflächen im Gesamtausmaß von 22.000 m<sup>2</sup>, das budgetäre Volumen sind 2.388.700, der Anteil des Sportbereichs 932.500. Im Westen angrenzend sind die Schulen, die Volksschule und die AHS. Der Bezirkssportplatz wird einige Felder, Sportflächen beinhalten, Handball, Tennisplatz, Basketball und Beachvolleyball. Und am Areal der Schule kommt zusätzlich ein Kleinspielfeld dazu, eine 60-Meter-Laufbahn und auch ein weiteres Beachvolleyballfeld. Und außerhalb der Schulzeit kann der Bezirk auch diese Flächen mitbenutzen. Insgesamt soll die Umsetzung fertig sein mit Schulbeginn 2024, und mit dem heutigen Beschluss haben wir wirklich alle Hausaufgaben erledigt, dass wir diesem Ziel auch gerecht werden können. Und wir sind uns, glaube ich, auch einig, und der Thomas Rajakovics hat das im Ausschuss auch gut vorgetragen, dass wir gerade in diesem Bezirk, das gehört ja auch noch zum Bezirk Gries, und mit Reininghaus, wo tausende Familien auch zuziehen werden, brauchen wir einfach diese Bewegungs- und

Sportflächen. Neben den Sportflächen, die jetzt im Zuge des Bezirkssportplatzes umgesetzt werden, und auch der Schule, haben wir Grünflächen, die wirklich ganz viel zu bieten haben, nämlich einen Rodelhügel, eine Spielwiese und einige weitere Wiesen. Und weil ich den Kurt Luttenberger jetzt gerade anschau, er ist mit seiner Frage heute nicht drangekommen, er setzt sich ein für eine weitere Boccia-Bahn in Graz, wir haben ja seit der ersten Frage und seitdem du bei mir im Büro warst, einiges umgesetzt. Dort, wo du es ursprünglich geplant hast, ist es nicht ermöglicht worden, aber am Bertha-von Suttner-Platz beziehungsweise im Augarten haben wir Boccia-Bahnen umgesetzt, und im Ausschuss haben wir auch darüber diskutiert, ob wir deiner Anregung auch im Bezirkssportplatz Reininghaus gerecht werden können, und da werden wir alles daran setzen, dass wir da in der Mitte auch eine Boccia-Bahn in Umsetzung bringen, weil durch Boccia, das ist ja eine Sportart, da können wirklich alle Generationen zusammenkommen. Das ist, glaube ich, auch eine gute Sache. Das wäre es. Ich bitte um breite Zustimmung. Und ich freue mich, dass wir hier zwischen Koalition und Opposition, wir sitzen ja alle in der Regierung, dass wir dieses Projekt auf Schiene gebracht haben. Danke auch an Judith Schwentner (*Appl.*).

**Ad 6:**

**Originaltext des Antrages:**

*Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:*

- 1. Der Motivenbericht wird wohlwollend zur Kenntnis genommen und die Planung und Umsetzung des Bezirkssportparks inkl. aller dafür erforderlichen Planungen und Arbeiten in der Gesamthöhe der städtischen Mitteln von brutto 2.388.700 Euro wird beauftragt.*
- 2. Die A10/5 wird mit der Gesamtkoordination unter Beteiligung der Baudirektion und des Sportamtes beauftragt – die A10/5 hat die Anordnungsbefugnis für die Gesamtkosten der PG*

**Ad 11:**

**Originaltext des Antrages:**

*Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:*

1. *Der Gemeinderat erteilt die Projektgenehmigung in Höhe von 2.388.700 Euro, davon entfallen 796.200 Euro auf 2023 und 1.592.500 Euro auf 2024.*
2. *Die Finanzierung ergibt sich wie folgt:*
  - a.) *Der Kürzung des genehmigten ICF Projektes PG „Neuerrichtung Reininghauspark und Pavillon“ iHv. 1.456.100 Euro wird zugestimmt.*
  - b.) *Der Umschichtung von Kapitaltransfereinzahlungen iHv. 107.400 Euro aus dem HHP 12203580 „Reininghaus Baulos 02“ wird zugestimmt.*
  - c.) *Der Entnahme aus dem Investitionsfonds iHv. 825.200 Euro wird zugestimmt.*

*Der aktuelle Stand über Höhe und bisherige Verwendung des Investitionsfonds geht aus der Ausschussinformation für den Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Immobilien hervor.*

*Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt für 2023 wird wie folgt geändert:*

Finanzstelle	Fonds	Finanzposition	Haushaltsprogramm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungsring	FVA 2023	EVA 2023
240	815000	1.062000	12403220	Neuerrichtung Reininghauspark und Pavillon / Im Bau befindliche technische Anlagen	D.240322	-330.700	
180	815000	2.346000		Investitionsdarlehen		-330.700	

3. *Der Budgetvorsorge in Höhe von 796.200 Euro im ICF 2023 wird zugestimmt.*

*Der Finanzierungs- und Ergebnishaushalt für 2023 wird dadurch wie folgt geändert:*

## öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 19. Jänner 2023

Finanzstelle	Fonds	Finanzposition	Haushaltsprogramm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungsring	FVA 2023	EVA 2023
240	815000	1.062000	12403350	Errichtung Bezirkssportpark Reininghaus / Im Bau befindliche technische Anlagen	D.240335	+796.200	
180	815000	2.346000		Investitionsdarlehen		+796.200	

*Die entsprechenden Budgetmittel in Höhe von 1.592.500 Euro für 2024 werden auf der Kombination Finanzstelle 240 / Fonds 815000 / Finanzposition 1.062000 / Haushaltsprogramm 12403350 zur Verfügung gestellt.*

***Der Antrag (Stk. 6) wurde einstimmig angenommen.***

***Der Antrag (Stk. 11) wurde einstimmig angenommen.***

Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schwentner:**

Danke für die Erwähnung. Tatsächlich haben wir mit der Abteilung Grünraum versucht, da alles Mögliche, was noch da war, zusammenzukratzen im wahrsten Sinne des Wortes, um zumindest eine Etappe in der Realisierung des Bezirkssportplatzes Reininghaus zu ermöglichen. Weil es ist ja noch nicht ganz fertig, mehr konnten wir uns derweil nicht leisten. Aber wir haben das natürlich gerne unterstützt, nämlich, wie schon von dir erwähnt, um einen entsprechenden Grünraum zu schaffen, um Freizeitmöglichkeiten, Sportmöglichkeiten den Anrainer:innen und den Bewohner:innen des neuen Viertels, aber auch den vielen Schülerinnen und Schülern dort zu geben. Und ich bin echt froh, dass das gelungen ist und dass das jetzt umgesetzt wird, und ich hoffe natürlich, dass wir dann die Ressourcen haben, weitere Sportmöglichkeiten auch hier zu bauen und zu ermöglichen. Aber immerhin ist das gelungen und ich bin auch froh darüber, für die Menschen im Reininghaus-Viertel. Danke (Appl.).

**StR Hohensinner:**

Ganz kurz vielleicht, dass man das einordnen kann, das ist dann der größte Bezirkssportplatz in ganz Graz. Also das ist wirklich gewaltig, was wir für den Sport auf Schiene bringen heute (*Appl.*).

***Der Antrag (Stk. 6) wurde einstimmig angenommen.***

***Der Antrag (Stk. 11) wurde einstimmig angenommen.***

**Berichterstatter: GR Mag. Pointner**

**7.9 Stk. 7) StRH-036865/2022**

**Bericht über die Tätigkeit des  
Kontrollausschusses im Jahr 2022**

GR Mag. **Pointner:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werter Stadtsenat, werte Kolleginnen und Kollegen. Ich darf heute den Bericht an den Gemeinderat über die Tätigkeit des Kontrollausschusses im Jahr 2022 abgeben. Zunächst etwas Persönliches: Es war für mich eine sehr große Ehre, dass Sie mich hier zum Vorsitzenden gewählt haben. Es ist eine tolle Aufgabe, das zu machen. Und ich glaube, wir haben mit allen Mitgliedern des Kontrollausschusses eine Periode hinter uns, wo wir sehr lebendig diskutiert haben, wo wir viel angestoßen haben, einiges, werde ich gleich noch sagen, ist quasi noch in der Pipeline, und ich möchte mich gleich bei allen Mitgliedern des Ausschusses für die tolle Zusammenarbeit und für die lebendige Diskussion usw. sehr, sehr herzlich bedanken. Der Herr Stadtrat Hohensinner hat gerade gesagt, wie war die Wortfindung, es war wirklich etwas Epochales, wirklich gewaltig. Wir haben auch etwas Gewaltiges auf den Weg gebracht, was ich gleich herausstellen möchte. Ich erspare Ihnen hier das Eingehen auf sämtliche Punkte, die wir bearbeitet haben, und das war die

Beschlussfassung des Ergebnisses der Arbeitsgruppe „Stärkung der demokratischen Kontrolle“, die wir dann hier im Gemeinderat, das Stück Statutenreform, fast einstimmig beschlossen haben. Und das ist wirklich in puncto Transparenz ein Meilenstein, glaube ich, für ganz Österreich, zumindest im kommunalen Bereich. Aber lassen Sie mich da jetzt durchaus kritisch anmerken, wir haben das sehr gut auf den Weg gebracht, äußerst kompetent und haben das an das Land übermittelt, da gab es schon Holprigkeiten, die auf eine Verzögerungstaktik hindeuten ließen, ich gehe da jetzt nicht ins Detail. Und ich muss jetzt schon sagen, das Ganze liegt doch seit September im Land und gammelt dort in irgendeiner Schublade vor sich hin. Und deshalb hier an dieser Stelle einen herzlichen Gruß an den Landtag und man möge dort bitte im Sinne der Stadt Graz und der Transparenz endlich in die Gänge kommen. So auch gerne fürs Protokoll in dieser Schärfe. Damit zusammenhängend ist zurzeit auch in Arbeit die neue Personalausstattung des Stadtrechnungshofes, der uns ja, wie wir in den letzten Monaten bemerkt haben, äußerst wertvolle Dienste leistet, das ist sehr, sehr eng abgestimmt eben mit der Statutenreform. Diese Personalausstattung wird noch diskutiert und ist aber, glaube ich, letztendlich auf einem guten Weg. Eine Kleinigkeit noch zu dem sehr wichtigen Bericht des Stadtrechnungshofes, den wir auch derzeit noch diskutieren: „Was geht Graz das Klima an?“ Es steht drinnen, dass wir zurzeit noch keine Maßnahmen im Sinne des § 18 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Stadtrechnungshofes beschlossen haben, das wird aber, soviel kann ich in die Zukunft blicken, der Fall sein. Das heißt, wir werden in Richtung Klima ein Stück vorlegen, das Sie dann hoffentlich beschließen werden, wo wir die Verwaltung mit Maßnahmen betrauen werden, um die Verwaltungstätigkeit noch mehr auf das Klima und auf die Verbesserung des Klimas auszurichten. Und damit bin ich mit meiner Berichterstattung am Ende und bedanke mich für die Kenntnisnahme (*Appl.*).

***Originaltext des Antrages:***

*Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:*

*Der Gemeinderat nimmt den gegenständlichen Bericht zur Kenntnis.*

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

**Berichterstatter: KO GR Dreisiebner**

**7.10 Stk. 8) StRH-128979/2022**

**Bericht des Stadtrechnungshofes  
„Buchhalterische Schlüsselkontrollen  
2. Quartal 2022“**

**KO GR Dreisiebner:**

Werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren im Livestream, sehr geehrte Mitglieder der Stadtregierung. Beim nächsten Stück, welches ich berichten darf, geht es ebenfalls um einen Stadtrechnungshofbericht, der Ende November und jetzt im Jänner in zwei Sitzungen diskutiert und in allen seinen Empfehlungen und Erkenntnissen zustimmend zur Kenntnis genommen wurde. Es geht hier um die buchhalterischen Schlüsselkontrollen im 2. Quartal 2022. Die Kontrolle der buchhalterischen Schlüsselkontrollen durch den Stadtrechnungshof für das genannte Quartal im letzten Jahr zeigte keine Auffälligkeiten. Sie gibt somit auch uns als Gemeinderat die Sicherheit, dass der richtige Weg für einen korrekten Rechnungsabschluss eingehalten worden ist. In der Detailprüfung gibt es natürlich, und da bin ich dem Stadtrechnungshofdirektor und seinem Team sehr, sehr dankbar, auch immer wieder Hinweise beziehungsweise Erkenntnisse, die uns in unserer weiteren Arbeit als Gemeinderat beziehungsweise in der Kontrollausschusstätigkeit sehr unterstützen. So gab es etwa in Bezug auf Bewirtschaftungsrechnungen in Bezug auf Teilnehmer:innenkreis und Zweck der Bewirtschaftungskostenrechnung nicht die entsprechend den Vorgaben vorgesehene Dokumentation, das konnte aber berichtigt werden. Und das Zweite ist, dass es eine eingehende Prüfung des Jobtickets durch das Personalamt und die Umsetzung des Jobtickets gegeben hat. Auch hier ist festgestellt

worden, dass hier eine ordnungsgemäße Umsetzung passiert ist. Herzlichen Dank an das Personalamt für diese Arbeit. Wichtig vielleicht noch abschließend, das Jobticket ist 2013 eingeführt worden und hat von damals 720 Jobticketbezieher:innen des Magistrats Graz auf 1.753, also um 143 %, zugenommen und hat sich dann bis Ende Juni letztens Jahres sogar noch einmal weiter gesteigert, allerdings war das eine unterjährige Zahl, wo auch schon das KlimaTicket Steiermark miteingerechnet werden konnte. Das Jobticket ist offenbar ein Erfolgsmodell, das auch die Verkehrswendepolitik und die Klimaziele des Hauses Graz beziehungsweise des Gemeinderates gut unterstützt. Ich ersuche namens des Kontrollausschusses, der, wie gesagt, diesen Bericht zweimal diskutierten konnte, um Annahme des Berichtes. Vielen Dank (*Appl.*).

***Originaltext des Antrages:***

*Der Berichterstatter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:*

*Der Gemeinderat nimmt den gegenständlichen Bericht sowie die Stellungnahme des Kontrollausschusses zur Kenntnis.*

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr:**

Danke dir, Karl, vor allem auch für die wirklich erfreuliche Nachricht, dass so viele Kolleginnen und Kollegen bei uns im Haus das Jobticket auch in Anspruch nehmen.

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

**Berichterstatterin: GR<sup>in</sup> Dipl. Museol.<sup>in</sup> (FH) Braunersreuther**

**7.11 Stk. 9) A8-205500/2022-04**

**Abteilung für Verkehrsplanung,**

- 1. Projektgenehmigung „Begegnungszone Zinzendorfgasse“ in Höhe von insgesamt 415.000 Euro für die Jahre 2023-2027,**
- 2. Budgetvorsorge über 400.000 Euro im ICF für 2023,**
- 3. Einsparung Investitionskosten im Holding Graz Wirtschaftsplan 2023 i.H.v. 450.000 Euro**

GR<sup>in</sup> Dipl.-Museol.<sup>in</sup> (FH) **Braunersreuther:**

Liebe Kolleg:innen, liebe Zuhörer:innen und Zuseher:innen. Ich darf heute ein wirklich erfreuliches Stück vorstellen, an dem sehr lange gearbeitet wurde, wie wir im Ausschuss erfahren haben. Es geht nämlich um die Errichtung einer Begegnungszone in der Zinzendorfgasse. Vielleicht zur Entstehung dieses Projektes: Die Initiative hat auch in der vorherigen Gemeinderatsperiode stattgefunden mit der Idee, die Zinzendorfgasse verkehrszuberuhigen beziehungsweise eventuell ganz vom Verkehr zu befreien. Das hat sich als sehr schwierig herausgestellt und deswegen sind wir jetzt bei dem Ergebnis eines wirklich sehr intensiven partizipativen Prozesses, ich möchte zitieren: Also es ist ja in der Realität nicht immer gut, wenn der Fleischhauer hinter einem steht. Aber in diesem Fall schon (*lacht*), weil der Herr Bezirksvertreter Moßhammer, der in dieser Gasse sein Geschäft hat und auch wohnt, der unterstützt dieses Projekt sehr uns hat sich vor allen Dingen in der Bezirksversammlung lobend über diesen partizipativen Prozess geäußert und hat gesagt, sowas hat er noch nie erlebt. Also es sind wirklich die Bewohner:innen intensivst miteinbezogen worden bei der Errichtung, um auch Ideen einzubringen und auch Bedenken anzumerken, bezüglich, darauf werden wir heute noch kommen, Parkplatzsituation in der Zinzendorfgasse und Umgebung, und das ist aus diesem Grund auch wirklich sehr vorbildlich evaluiert worden. Es ist herausgekommen, dass in dieser ganzen Gegend der Parkdruck eigentlich gering ist und selbst dann noch kein wirklicher Parkdruck

herrscht, wenn man alle Parkplätze in der Zinzendorfgasse wegnehmen würde, was ohnehin nicht passieren würde, selbst dann wären noch 11 % frei, und auch das wird noch einmal ein bisschen heruntergefahren werden, denn, wie uns gesagt wurde im Ausschuss, gibt es Überlegungen, hier mit Anrainerparken zu arbeiten, damit wirklich die Bewohner:innen dort ihre Parkplätze haben können, aber es eben nicht eintritt, wie in der Bezirksversammlung auch gesagt wurde, das größte Problem, das die Anrainer:innen haben, und vor allen Dingen die Kinder der Anrainer:innen haben, dass dort zum Teil Leute durchrasen, wild nach Parkplätzen suchen, um noch schnell zu ihrer Vorlesung an der Uni zu kommen. Das ist das, was wir verhindern wollen, und das ist, glaube ich, im Zuge der Sicherheit und einer klimafitten Stadt ist dieses Projekt deswegen nur positiv zu betrachten. Der erste Umsetzungsschritt dieser Begegnungszone ist erst einmal eine Ausweisung als Begegnungszone. Es wird im Zuge auch die Einbahn der Hugo-Wolf-Gasse geändert, weil das zur Verbesserung der Verkehrsflüsse führt und vor allen Dingen den Bus der dort fährt, das wurde auch geprüft, ob das überhaupt sinnvoll ist, dass der Bus, dort weiter durchfahren soll, wurde als sinnvoll erachtet, dem Bus das leichter macht, dort durchzukommen, und aber trotzdem, und das freut mich, die da häufig mit dem Rad fährt sehr stark, trotzdem den Platz für den Fahrradverkehr, auch in die Gegenrichtung des Busses, mit mehr als fünf Metern sichert, das ist derzeit nicht der Fall. Wer dort schon einmal gefahren ist, weiß davon zu berichten. Auch Fußgänger:innen haben es nicht immer schön, und auch dafür wird gesorgt, vor allen Dingen wird die Verkehrsberuhigung hergestellt zunächst einmal durch eine farbige Beklebung oder Bemalung der Gasse, ähnlich wie es viele so aus der Gegend am Lendplatz kennen, es werden auch Bäume aufgestellt. Es wird aber sonst zunächst zu keinen baulichen Maßnahmen kommen, deswegen können die Kosten jetzt erst einmal relativ gering gehalten werden. Sie sind geschätzt mit 400.000 Euro für die Instandsetzung und die Aufbringung der Fahrflächen, wo damit gerechnet wird, dass man eventuell nach fünf Jahren noch einmal 15.000 Euro für die Sanierung zur Verfügung stellen muss, wobei da natürlich die Frage ist, wo sind wir in fünf Jahren? Vielleicht sind wir dann eh schon viel weiter und wir machen viel mehr als nur Fahrflächen dort. Die Budgetmittel sind auf jeden

## öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 19. Jänner 2023

Fall gesichert, und ich stelle deswegen den Antrag, dass dieses Projekt „Begegnungszone Zinzendorfsgasse“, so wie ich es hier jetzt gerade vorgestellt habe, vom Gemeinderat angenommen wird. Danke (Appl.).

### **Originaltext des Antrages:**

*Die Berichterstatterin stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:*

- *Die Projektgenehmigung „Begegnungszone Zinzendorfsgasse“ in Höhe von insgesamt 415.000 Euro wird wie folgt erteilt:*

Jahr	Ausgaben
2023	€ 400.000
2027	€ 15.000
Gesamt	€ 415.000

- *Der Budgetvorsorge über 400.000 Euro für 2023 wird zugestimmt.*

Finanzstelle	Fonds	Finanzposition	Haushaltsprogramm	Beschreibung des HHP/der Fipos	Deckungsring	FVA 2023	EVA 2023
260	612000	1.060000	12603660	Begegnungszone Zinzendorfsgasse / Im Bau befindliche Grundstückseinr.	D.260366	+400.000	
180	612000	2.346000		Inv.Darl. v. Finanzunternehmen		+400.000	

*Die entsprechenden Budgetmittel für die Instandsetzung der Farbflächen 2027 werden in SAP auf der Budgetkombination Finanzstelle 260, Fonds 612000, Finanzposition 1.728000, Haushaltsprogramm 42603660 und dem Deckungsring 0.260366 versorgt.*

- *Die von der Holding Graz gemeldeten Baukostenreduktionen aus dem Projekt Puchstraße/Sturzgasse – Zufahrt Abfallwirtschaft 357310 (GR Beschluss*

*GZ A8-020081/2006-0263) i.H.v EUR 450 Tsd. werden im laufenden Wirtschaftsplan der Holding als Einsparungen abgebildet.*

**GR DI Topf:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werte Frau Vizebürgermeisterin, hohe Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates und Gäste im Livestream. Ich möchte vielleicht vorausstellen, dass die ÖVP-Fraktion nicht nur im Gemeinderat, sondern insbesondere, das ist ja schon angesprochen worden, sondern auch auf Bezirksebene dem Projekt durchaus nicht negativ, das möchte ich durchaus betonen, nicht negativ gegenübersteht und auf den Prozess positiv begleitend unterstützt hat in der Vergangenheit und auch in der Zukunft. Aber, jetzt komme ich zum Aber, aufgrund der geänderten Voraussetzungen betreffend die Parkplatzsituation in der Zinzendorfgasse, aber auch in der Halbärthgasse, ich betone das ganz bewusst, habe dann in Klammer auch gesetzt, was ich damit meine, nämlich den Wegfall der Uni-Tiefgarage und der Parkplätze vor dem zukünftigen Center of Physics, also das Rendering dort bietet offensichtlich auch Platz gegenüber dem Center of Physics, dort eine Grünzone zu errichten, was durchaus positiv zu erwähnen wäre, aber auch dort fällt dann eine große Zahl der Schrägparkplätze, wer sich dort auskennt, weiß das, weg. Und es gibt den berechtigten Wunsch der Wohnbevölkerung, insbesondere natürlich der Anrainerinnen und Anrainer, hinsichtlich einer Zurverfügungstellung beziehungsweise eines Angebotes von Ersatzparkplätzen. Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich den

**Zusatzantrag:**

- 1.) Die zuständigen Stellen mögen eine weitere Bürger:innenbeteiligungsrunde durchführen, und zwar insbesondere mit den unmittelbar betroffenen Anrainer:innen. Es ist schon angesprochen worden, vielleicht gibt es auch

Möglichkeiten, mit Anrainerparkplätzen hier ein Auslangen zu finden oder ein Alternativangebot zu stellen.

- 2.) Für die entfallenden Parkplätze – Zinzendorfgasse und Halbärthgasse, ich betone bewusst beide Gassen – mögen Ersatzflächen oder Ersatzmaßnahmen gefunden und angeboten werden.

Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Zusatzantrag. Dankeschön (*Appl.*).

***Originaltext des Zusatzantrages:***

*Aufgrund der geänderten Voraussetzungen betreffend die Parkplatzsituation in der Zinzendorfgasse, aber auch in der Halbärthgasse (Wegfall der Uni-Tiefgarage und der Parkplätze vor dem zukünftigen Center of Physics) gibt es den berechtigten Wunsch der Wohnbevölkerung hinsichtlich einer Zurverfügungstellung beziehungsweise eines Angebotes von Ersatzparkplätzen.*

*Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich den*

***Zusatzantrag:***

- 1.) Die zuständigen Stellen mögen eine weitere Bürger:innenbeteiligungsrunde durchführen, und zwar insbesondere mit den unmittelbar betroffenen Anrainer:innen.*
- 2.) Für die entfallenden Parkplätze – Zinzendorfgasse und Halbärthgasse – mögen Ersatzflächen gefunden und angeboten werden.*

GR Mag. Dr. **Kozina-Voit:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren. Ich möchte auf diesen Zusatzantrag gleich eingehen vom Kollegen Topf. Ich finde das interessant mit diesen geänderten Voraussetzungen, weil diese Anrainer:innentiefgarage war ja nie Voraussetzung dafür, dass in der Zinzendorfgasse etwas umgestaltet werden soll. Die Zinzendorfgassenumgestaltung passiert jetzt, eine Garage dort gibt es frühestens in fünf oder sieben Jahren, also das war nie irgendwie miteinander gekoppelt. Es ist jetzt natürlich gleichzeitig in Diskussion geraten, aber ich denke, auch da sind nie falsche Hoffnungen gemacht worden, ich war dabei bei den Veranstaltungen dort, da ist immer sehr klar gesagt worden, so, wie es jetzt vorliegt, ist es zu teuer. Dann ist es noch einmal geprüft worden, jetzt wissen wir, es ist noch teurer, da würden wir 90.000 Euro pro Parkplatz bezahlen, 10 Millionen Euro dafür, also das steht in keiner Relation und das macht dann auch keinen Sinn. Also geänderte Voraussetzungen haben wir nicht. Zu den Punkten an sich, es ist natürlich immer wieder spannend, dass man hier immer wieder Dinge sucht, um das zu verzögern, also die ÖVP sagt immer: Naja, eigentlich sind wir eh dafür, aber dann hätten wir halt noch gerne dieses und jenes. Die zwei Punkte, wenn man den ersten Punkt jetzt ernsthaft anschaut, die Bürger:innenbeteiligung, es hat noch kein Projekt gegeben in Graz, wo es um eine Straße geht, wo derartig viel Bürger:innenbeteiligung passiert ist. Wir haben am 21. Mai einen mobilen Infopoint gehabt beim Zinzengrinsen, da sind ca. 50 Gespräche geführt worden, am 13. Juni einen Dialog mit Bürger:innen, Anrainer:innen, Politik und Verwaltung mit ca. 100 Gesprächen, vom 27. Juni bis 18. Juli für Anrainer:innen dezidiert eine Planungsausstellung in einem Café in der Zinzendorfgasse und gleichzeitig eine Online-Beteiligung, wo man dann auch Vorschläge und Ideen einbringen konnte, wo 50 Anregungen und Ideen eingegangen sind. Am 7. Juli hat es zusätzlich einen Workshop und einen Spaziergang mit Schüler:innen gegeben, weil das eine ganz wichtige Gruppe ist, dass dieser Raum auch für junge Leute entsprechend nutzbar gemacht wird. Dann hat es noch am 26. August und am 6. September Infotermine für die Wirtschaftstreibenden gegeben, auch das natürlich, weil das sehr wichtige Gruppen sind in dieser Gasse, sind ja Gott sei Dank sehr viele Betriebe, und

auf diese Wünsche ist natürlich auch eingegangen worden. Und dann am 13. Dezember eben eine Abschlussveranstaltung auch wieder mit den Anrainer:innen, mit den Bürger:innen und mit Politik und Verwaltung, auch dort ca. 100 Personen, die anwesend waren. Und aus diesem ganzen Prozess hat sich einfach ein sehr klares Bild ergeben, auch für die Politik, die Menschen dort, egal ob Anrainer:innen, Gewerbetreibende, auch die Schüler:innen oder andere Nutzer, die wollen einfach mehr Platz haben, die wollen mehr Grün haben und die wollen weniger Verkehr haben, und da gibt es natürlich noch andere Wünsche, Einzelwünsche, die dann nicht alle berücksichtigt werden konnten, aber genau deswegen geht es ja jetzt einmal in eine Testphase, wo wir einmal schauen, wie das Ganze funktioniert. Man wird das auch evaluieren, eben auch was die Parkplatzsituation betrifft, auch wie sich die Verkehrsmengen und Verkehrsstärken ändern, und die Rückmeldungen sammeln und nachbessern, und da auch sind natürlich wieder alle Anrainer:innen herzlich eingeladen, ihre Erfahrungen dann einzubringen. Zum zweiten Punkt noch kurz, ich finde das sehr bemerkenswert, also wie Sie heute hier das Parkthema aufgreifen, also 13 Fragen in der Fragestunde zum Thema Parken, das ist, glaube ich, auch Rekord, das hat es in dem Gemeinderat sicher noch nicht gegeben. Vielleicht wollen Sie hier der FPÖ ein bisschen den Rang abnehmen als Autopartei, das weiß ich nicht. Aber ich frage mich dann auch, was dann eigentlich die verkehrspolitische Vision auch dahinter ist. Also, wie wollen wir das schaffen? Wir wollen 10 % Treibhausgase pro Jahr weniger, wir wollen Klimaneutralität erreichen und gleich viele Parkplätze immer weiter behalten, also das geht sich doch nicht aus, bitte (*Appl.*).

Es geht ja auch nicht darum, jetzt mutwillig Parkplätze irgendwie zu streichen, aber wenn es sinnvollere Möglichkeiten gibt, den öffentlichen Raum zu nutzen, wenn dadurch Anreize gesetzt werden, dass die Menschen mehr gehen, mehr mit dem Rad fahren, mehr die Öffentlichen nutzen, ja dann ist es halt einmal so, dass wir auch Park- oder Fahrstreifen wegnehmen. Und wenn wirklich nichts mehr reicht, dann kann man ja auch Lösungen wie Anrainer:innenparken eben machen, aber man kann sicher nicht für jeden Parkplatz, der wegfällt, einen Ersatzparkplatz schaffen, und da müssen wir auch ehrlich sein zu den Menschen in Graz (*Appl.*).

Abschließend noch, dort vor Ort, die Kollegin Braunersreuther hat es eh schon gesagt, im Rayon sind sowieso 25 % frei, das heißt, man kann dort wirklich auch die Anrainer:innen beruhigen, sie werden weiterhin Parkplätze finden, es wird halt nicht immer vor der Haustür sein, sie werden auch einmal 300, 500 oder vielleicht auch einmal 800 Meter gehen müssen, aber dadurch wird ja auch genau die Autonutzung unattraktiver, dadurch wird dann auch Gehen und Radfahren im Verhältnis attraktiver, das heißt, im Endeffekt profitieren alle davon, und genau das ist das Ziel der Verkehrspolitik. Danke (*Appl.*).

GR Mag. **Pointner:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werter Stadtsenat, liebe Kolleg:innen. Ein sehr schönes Stück, ich war auch bei der Bürgerbeteiligung immer dabei und kann da wirklich dem Kollegen Kozina folgen, das war ein sehr, sehr schöner Prozess und ist ein guter Milestone auf dem Weg zum großen Ziel. Wir stimmen da natürlich gerne zu, aber von meiner Seite hier der Appell, die große Lösung jetzt nicht außer Acht oder aus dem Blickwinkel zu verlieren, denn wir befinden uns ja eigentlich dort im Uni-Viertel, und das gehört verkehrstechnisch einfach gut bedient, wenn wir in Richtung große Verkehrslösung weiterdenken. Und daher schlage ich dann vor, in die Richtung weiterzugehen, wenn wir einmal einen Citytunnel machen, einen S-Bahn-Tunnel, dass wir die Uni nicht vergessen dabei und anschließen, und dann wird es für die Zinzendorfgasse noch einmal besser gehen und dann wird wahrscheinlich sogar der Bus aus der Zinzendorfgasse verschwinden können. Und das ist ja eigentlich letztlich das Ziel, dass diese wunderschöne Gasse komplett verkehrsberuhigt ist, und das wäre so die Richtung, die mir vorschwebt. Vielen Dank (*Appl.*).

CO GR<sup>in</sup> **Gmeinbauer:**

Liebe Frau Bürgermeisterin, werte Stadtratsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte meinem Gemeinderatskollegen Kozina nur sagen, wir sind nicht die Autofahrerpartei. Wir sind von Anfang an für die Gemeinsamkeit. Und es ist uns klar, auch als ÖVP, wenn das so augenscheinlich wahrgenommen wird von dir, dass wir nur für die Autofahrer eintreten, dass wir sehr wohl auf ein gemeinsames Miteinander auf der Fläche, die uns zur Verfügung steht, auch ausgerichtet sind, wir sind sehr wohl bereit, allen entgegenzukommen und stehen aber sehr wohl auch für jene ein, die dort und da noch Probleme mit dem großen Umstellen haben. Und auch wenn du da jetzt auflistest, wie viele Termine und Bürgerbeteiligungsprozesse es gegeben hat, das ist sehr loblich, und wir sind ja nicht gegen das Projekt in der Zinzendorfgasse, sondern bitten einfach noch einmal, jenen Familien, jenen Menschen Gehör zu geben, die derzeit noch total unglücklich sind mit dem Entfall dieser vielen Parkplätze. Und wenn du dich auch lustig machst über unsere Fragen, die wir eingebracht haben heute, ja, es ist eine Premiere, da gebe ich dir Recht, aber es sind im letzten Jahr ganz viele Parkplätze in verschiedenen Bezirken schon weggefallen. Und ich möchte an der Stelle schon sagen, und das ist auch unsere Haltung, ich kann nicht nur Blech gegen Blume tauschen, so wie es so hübsch in der Überschrift in den Medien geschrieben wurde, und wir gehen gerne mit den Blumen und Bäumen mit, aber ich muss dort und da irgendwann einmal, und da bitte ich die zuständige Verkehrsstadträtin und Vizebürgermeisterin Judith Schwentner, auch eine Alternative zu schaffen, denn das Auto wird sich nicht in Luft auflösen können, wenn wir nur wegrationalisieren und keine Alternativen anbieten. Und ich darf auch noch einmal in Erinnerung rufen, es gibt Familien, es gibt Menschen, die auf das Auto entweder familiär angewiesen sind oder aus beruflichen Gründen angewiesen sind. Und auch, wenn man jetzt hervorhebt, in der Zinzendorfgasse das Parken in der Nacht zu erlauben, das haben wir ja schon in gewissen Straßenzügen, dann ist das meist gegen 22.00 Uhr und ab 6.00 Uhr muss das Auto dann weg sein. Das heißt, das ist auch ein nicht wirklich tolles Angebot, ist natürlich ein Angebot, das ist unbestritten, aber das bringt dem einen oder anderen nichts, von daher darf ich bitte noch einmal da lassen unseren Zusatzantrag, dass man

bitte für die Bewohnerinnen und Bewohner in der Zinzendorfgasse bitte noch einmal eine Runde macht und sich die Sorgen anhört. Es ist klar, dass man nicht jeden an der Hand nehmen können wird, aber man kann sehr wohl noch einmal eine Runde machen und sich Gehör verschaffen. Vielen Dank (*Appl.*).

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Hohe Stadtregierung, werte Kollegen im Gemeinderat, werte Zuseher. Nur ganz kurz zur inhaltlichen Debatte, ich glaube, man muss das ein bisschen differenzierter sehen. Und ja, ich verstehe Ihr Ansinnen durchaus, dass man die Parkplätze in der Stadt reduziert, aber dann sage ich dazu, dann muss man auch die Alternativen schaffen, was den Ausbau des öffentlichen Verkehrs betrifft, aber natürlich auch alternative Parkflächen. Und da haben wir ja schon die Forderung aufgestellt, dass wenn man die Parkplätze oberirdisch wegnimmt, dann kann man sie begrünen, man kann Bäume pflanzen, gute Sache, dann muss man sie aber unterirdisch schaffen. Und das ist die Aufgabe, die ich Ihnen auf den Weg mitgeben möchte, weil wenn 1.000 Parkplätze pro Jahr reduziert werden sollen oberirdisch, und es gibt keine Alternative dazu, dann ist das blanker Wahnsinn. Wenn aber 1.000 Parkplätze unterirdisch geschaffen werden zeitgleich, dann werden viele kein Problem damit haben. Und ich denke, das muss der Zugang sein, das ist ein revolutionärer Zugang, wenn man sagt, gut, ok, die Oberfläche nutzt man, man profitiert ja auch im Sommer als Autofahrer davon, wenn das Auto auf einem oberirdischen Parkplatz steht, dann heizt es rein, dann es ist nach drei bis vier Stunden unerträglich, da einzusteigen; in einer Tiefgarage ist es angenehmer, und würde das wirklich der Auftrag an Sie sein, dass Sie diese alternativen Parkmöglichkeiten, die Sie oberirdisch wegnehmen, dann auch unterirdisch schaffen. Das ist dann wirklich eine Verkehrspolitik für alle, wo man dann nicht versucht, irgendjemanden auszuspielen oder gar von irgendwelchen Initiativen wie MoVe iT getrieben wird. Wir werden dem Stück aber nicht zustimmen aus ganz anderen Gründen, ich habe hier wieder meinen Absetzungsantrag vorbereitet, Absetzung von Tagesordnungspunkten gemäß § 20 Abs. 3. Sie erinnern sich, wir haben das das letzte

Mal schon thematisiert. Es wird seitens der Finanzdirektion ausdrücklich darauf hingewiesen, dass das Nachtrags-Budget 2023 und eine darauf aufbauende mittelfristige Finanzplanung dem Gemeinderat erst zur Beschlussfassung vorgelegt wird. Budgetbeschlüsse sollten daher vorerst nur gefasst werden, sofern sie unaufschiebbar, zur Abwendung eines Schadens für die Stadt oder zur Erfüllung einer gesetzlichen oder vertraglichen Verpflichtung erforderlich sind. Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden

**Antrag**

gem. § 20 der GO f. d. Gemeinderat  
der Landeshauptstadt Graz:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Folgende Stücke sind auf Grund der aktuellen finanziellen Situation der Stadt Graz gemäß § 20 Abs. 3 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat zu vertagen:

TO 9 Projekt „Zinzendorfsgasse“.

Ich bitte um Zustimmung zu diesem Antrag (*Appl.*).

***Originaltext des Absetzungsantrages:***

*Es wird seitens der Finanzdirektion ausdrücklich darauf hingewiesen, dass das Nachtrags-Budget 2023 und eine darauf aufbauende mittelfristige Finanzplanung dem Gemeinderat erst zur Beschlussfassung vorgelegt wird. Budgetbeschlüsse sollten daher vorerst nur gefasst werden, sofern sie unaufschiebbar, zur Abwendung eines Schadens für die Stadt oder zur Erfüllung einer gesetzlichen oder vertraglichen Verpflichtung erforderlich sind.*

*Im Beschlusstext dieses Antrages findet sich eine taxative Aufzählung all jener Stücke, die eine derartige Klausel beinhalten. Um auch etwaigen Haftungen und Sorgfaltsverletzungen vorzubeugen.*

*Daher stelle ich namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs nachfolgenden*

**Antrag**

*gem. § 20 der GO f. d. Gemeinderat  
der Landeshauptstadt Graz:*

*Der Gemeinderat wolle beschließen:*

*Folgende Stücke sind auf Grund der aktuellen finanziellen Situation der Stadt Graz  
gemäß § 20 Abs. 3 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat zu vertagen:*

*TO 9 Projekt „Zinzendorfsgasse“,*

*TO 11 Errichtung Bezirkssportpark Reininghaus*

**StR<sup>in</sup> Schönbacher:**

Ich möchte nur gerne etwas ergänzen zu der Zinzendorfsgasse, weil die Zinzendorfsgasse ist eine Gasse, die eigentlich sehr gut funktioniert und ich habe mit sehr vielen Bewohnern gesprochen. Es ist eine Gasse, die einen Dorfcharakter hat, angefangen von einer Kirche, es sind Ärzte dort, es sind Anwohner dort, Vermieter, es sind Unternehmer dort. Und alle, mit denen ich gesprochen habe, haben gesagt, die Gasse funktioniert eigentlich ganz gut, und jetzt verstehen wir in so einer Situation eigentlich nicht, warum man hier eine Baustelle aufreißen muss, wo es eigentlich keiner Baustelle so wirklich bedarf, wo man Probleme schaffen will, wo dann viel Geld in die Hand genommen werden muss dann wieder von den Betroffenen, die das Geld nicht haben, um eben diese Probleme zu lösen. Das sind mitunter auch Gründe, warum wir da mit Sicherheit nicht zustimmen werden. Und zusätzlich muss man noch sagen, wenn von 50 Parkplätzen auf 12 runterreduziert wird und der Ersatz, wenn er überhaupt kommt, dann viel zu teuer ist, das kann man den Menschen nicht antun, weil das ist nämlich

hochgradig nicht sozial, weil dort einfach Menschen leben, die nicht erst jetzt dort hingezogen sind und dann an die Gasse heranerzogen werden können, sondern dort leben Menschen, die schon seit Jahrzehnten dort leben. Und es ist einfach nicht sozial, ihnen dann so etwas vorzusetzen. Das sind mitunter auch Gründe, warum man dem Stück bitte nicht zustimmen soll (*Appl.*).

Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schwentner**:

Sehr gerne etwas zum Abschluss dieses Kapitels, um ein ausführliches und langes Buch, was die Veränderung der Zinzendorfgasse anbelangt, zu schließen, vorläufig zu schließen. Ich finde, das ist ein sehr wichtiger Prozess, der passiert ist, das sind sehr wichtige Diskussionen, die uns in die Zukunft der Stadt führen, weil es wird und kann nicht bei einer Zinzendorfgasse alleine sein, wenn wir die Stadt der Zukunft und Graz, unsere Stadt der Zukunft, Graz, so gestalten wollen, dass sie klimafit und menschengerecht gestaltet ist. Und da geht es eben, wir haben es heute schon einmal gehabt in der Fragestunde, und ich wiederhole es gerne, ganz oft, weil es wirklich wichtig ist, um eine Umverteilung des Raums. Und mich verwundert es nicht, dass das jetzt so weit ist, das kommt nämlich aufgrund der vielen Wünsche der Anrainer:innen, die intensiv schon an den Altbürgermeister herangetragen wurden in der damaligen Zeit und von uns weiter aufgegriffen wurden, nämlich in einem wirklich umfassenden Bürger:innenbeteiligungsverfahren, das sich wirklich zeigen lässt. Also diese Wünsche kommen von Bewohner:innen, von Gewerbetreibenden, die zum Anfang oft sehr, sehr skeptisch waren; also der Herr Moßhammer, der heute schon genannt wurde, hat ja auch betont bei der letzten Versammlung, dass er am Anfang vehement dagegen war und jetzt ist er vehement dafür, weil er sich sozusagen dem Prozess durchaus offen gegenüber gezeigt hat und auch der Diskussion mit den vielen Leuten, die dort wohnen, die Lokale haben, die Geschäfte haben und die sehen, auch der Katholischen Hochschulgemeinde, die ja den Platz dort aufgemacht hat, der intensiv genutzt wird von vielen, da Grünraum geschaffen haben, und es wird total angenommen. Also die Straße hat echt Potenzial, ich finde, das ist ein sehr schönes Projekt, auf das ich mich

jetzt freue. Es ist ja jetzt eine temporäre Lösung, wo wir uns anschauen, ähnlich wie in der Stockergasse, wie das die Frau Bürgermeisterin damals als Stadträtin ja auch gemacht hat da die Verkehrsberuhigung. Das wird hier so ähnlich aussehen, wir haben da jetzt sozusagen einheitliche Elemente, die sich da durchziehen, die die Straße massiv verkehrsberuhigen, die viel Aufenthaltsqualität bieten werden in der Zukunft, und wir wo wir uns dann anschauen, wie es funktioniert, weil wir eben durch diese temporären Möglichkeiten ja auch nachbessern können, wie in der Stockergasse auch. Genau dort haben wir dann einen Poller aufgestellt, weil wir gesehen haben, also jetzt schon in der Periode, es fahren trotzdem noch zu viele Autos durch und an der Scherbe vorbei, und es war wirklich gefährlich, also wir können da nachbessern. Auch in der Diskussion mit den Anrainer:innen, wie es ihnen geht mit den Parkplätzen. Und jetzt zu den Anrainer:innen, wir haben intensiv mit ihnen geredet. Ich glaube, ich kenne jetzt mittlerweile sehr, sehr viele persönlich durch die Diskussionen, die auf der Uni, im Café PARKS, aber auch beim Zinzengrinsen-Fest stattgefunden haben. Und es sind einige wenige laut, aber sehr viele freuen sich auf die Veränderung, und wir hatten ja bei jeder Bürger:innenversammlung im Anschluss eine Abstimmung, wo die überwiegende Mehrheit dafür abgestimmt hat, dass es zu dieser Veränderung und der Neugestaltung der Zinzendorfgasse kommt, weil ich mache das ja nicht aus freien Stücken, sondern weil sich das eben die Menschen dort vor Ort wünschen. Deswegen gehen wir das jetzt an, und ich freue mich sehr darauf. Zu den Parkplätzen, wir können nicht von geänderten Voraussetzungen reden. Der Christian Kozina-Voit hat es schon angesprochen, weil die Voraussetzung immer dieselbe war, da gibt es Parkplätze, da gibt es einen entsprechenden Raum und wir verteilen den jetzt neu. Wir haben aber allerdings mit Verkehrsplus erheben lassen, sehr ausführlich, das wurde auch im Ausschuss gestern berichtet, wie viele Parkplätze denn dann noch da sind im Rayon, weil wir schauen ja Parkraum als Rayons an in der ARGE Parken, und da gibt es 25 % Freiland. Das heißt, alle, die nicht direkt vor der Haustür parken können, werden in den umliegenden Gebieten einen Parkplatz finden und müssen keine Sorge haben, das sind zahlenmäßig, glaube ich, um die 80 oder 85 Parkplätze, die immer da oder dort frei sind, gilt nicht für den Lieferverkehr, für Menschen mit Behinderungen, die immer

berücksichtigt sind in den Maßnahmen. Das heißt, wir kommen hoffentlich dann in Zukunft zu dem, was sich herauskristallisiert hat als Schwerpunkt bei der Gestaltung der Straße, nämlich dass sie kühl wird, dass sie entschleunigt ist, dass sie lebenswert ist, noch lebenswerter, weil sie wirklich eine schöne, feine Straße ist, die sehr stark frequentiert ist. Den Dorfcharakter, der wurde genannt, den wollen wir gewährleisten, und ich freue mich darauf, und es gibt noch viele andere Diskussionsmöglichkeiten, diesen Freitag in der Uni zum Thema Parken in der Umgebung. Gemeinsam mit der Universität, den Rektoren werden wir uns die Situation noch einmal vor Ort anschauen, was es für Verkehrslösungen für die Zukunft geben soll und kann. Deswegen freue ich mich, wenn das Stück jetzt unterstützt wird und ich freue mich wirklich sehr auf die Umsetzung. Und ich wollte nur eine Sache noch sagen zum Parken: Wir haben heute, wir sind nicht dazu gekommen in der Fragestunde zu den vielen Fragen, die von der ÖVP offen geblieben sind, und dich würde ich bitten, und ich habe die Frau Bürgermeisterin vorher gebeten, das noch einmal vielleicht auch mit dem Präsidialamt zu diskutieren, wir haben, ich habe es nämlich gerade angedeutet, Parkrayons und keine Bezirke, es wird nicht nach Bezirken der freie Parkraum oder Evaluierungen erhoben. Sie stellen mit Ihren Anfragen die gesamte Verwaltung wirklich vor ein Riesenarbeitspaket. Bitte hinterfragen wir die Notwendigkeit dieser Fragen, wenn Sie nicht die Verwaltung auf einige Zeit lahmlegen wollen, weil sie Parkplätze zählen; wir stimmen ja auch nicht zuletzt ja im Dezember wieder über ein neues Paket ab, wo wir 160 neue Parkplätze geschaffen haben. Also es werden ja alle im Gemeinderat intensiv darüber benachrichtigt, was es Neues gibt und über die Bewertung von Parkflächen, die neu geschaffen werden oder aufgelassen werden. Ich würde das gerne noch einmal zur Diskussion stellen, diese Fragen in Bezug auf ihren Aufwand zu diskutieren, gerne gemeinsam, ich bin gerne dabei, ich entziehe mich nicht der Diskussion, aber ich will eigentlich schauen, dass die Verwaltung die Arbeit tun kann, für die sie eigentlich zuständig ist. Danke (*Appl.*).

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr:**

Danke vielmals. Ich muss der Korrektheit halber auch noch informieren, dass der Herr Stadtrat Riegler sich entschuldigt hat.

Er hat eine dienstliche Reise vorzunehmen und das möchte ich nur für das Protokoll festhalten.

***Der Absetzungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen KFG und FPÖ) abgelehnt.***

***Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen KFG und FPÖ) angenommen.***

***Der Zusatzantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) abgelehnt.***

***Ende Tagesordnung: 15.27 Uhr.***